

NIEDERSCHRIFT**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid****am 30.09.2013****im Ratssaal****Anwesend:****Vorsitz des Rates:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Ingo Diller
Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Horst Eick
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi
Ratsherr Steffen Kriegel
Ratsfrau Sandra Manß
Ratsherr Bernd Schildknecht
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin
Verena Szermerski-Kasperek
Ratsherr Michael Thielicke
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Michael Dregger
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Christel Gabler

Ratsherr Rüdiger König
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs
Ratsfrau Susanne Mewes
Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer
Ratsherr Heinz-Rüdiger Ochel
Ratsfrau Britta Rogalske

Ratsherr Jürgen Sager
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsherr Hansjürgen Wakup
Ratsherr Björn Weiß

bis zum Ende der öffentlichen
Sitzungbis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

Ratsherr Rüdiger Wilde

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball
Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Oliver Petrosch

abwesend ab Tagesordnungs-
punkt 2 der nicht öffentlichen
Sitzung

Ratsfrau Anette Schwarz
Ratsherr Michael Wülfrath

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Otto Bodenheimer
Ratsherr Hermann Morisse
Ratsfrau Tanja Tschöke

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Yasin Kut
Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Stadtkämmerer Dr. Karl Heinz Blasweiler
Techn. Beigeordnete Marion Ziemann
Herr Martin Bärwolf
Herr Hermann Scharwächter
Herr Wolfgang Löhn

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsfrau Eveline Haue

von der CDU-Fraktion:

Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsfrau Kirsten Petereit

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Peter Biernadzki
Ratsfrau Angelika Linnepe
Ratsherr Peter Oettinghaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:41 Uhr

7. Antrag des Bündnisses sozial gerechte Stadt Lüdenscheid; Initiative "Vermögenssteuer jetzt!"

Bürgermeister Dzewas unterbricht die Sitzung und übergibt Herrn Sander vom Bündnis sozial gerechte Stadt Lüdenscheid das Wort.

Herr Sander bezieht sich zunächst auf den Antrag von Ratsherrn Holzrichter zu Beginn der Sitzung, diesen Punkt nicht in die Tagesordnung aufzunehmen, da es sich nicht um ein kommunales Thema handle. Dem Bündnis sozial gerechte Stadt Lüdenscheid sei bewusst, dass der Beschluss, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, nicht durch die Kommunen gefasst werden könnten. Es ginge ihnen aber um die prekäre Finanzsituation der Kommunen, die sich in den letzten Jahren extrem zugespitzt habe, und auch den Rat in ihrem Handlungsspielraum stark einschränken würde. Hierdurch würde die Demokratie auf kommunaler Ebene gewissermaßen ausgehebelt. Aus diesem Grunde sollten seitens der Kommunen klare Signale an die Landes- und Bundesregierung gesandt werden. Es sei dem Bündnis bewusst, dass die Wiedereinführung der Vermögenssteuer kein Allheilmittel sei. Aber es sei ein erster Schritt in die richtige Richtung, um die finanzielle Situation zu verbessern. Er würde sich freuen, wenn auch die Stadt Lüdenscheid diese Initiative per Ratsbeschluss unterstützen würde.

Bürgermeister Dzewas hebt die Sitzungsunterbrechung formell wieder auf.

Ratsherr Fröhling führt aus, dass die Einnahmen aus der Vermögenssteuer gemäß Grundgesetz den Ländern zukommen werde. Er frage daher an, ob sich der Rat der Stadt Lüdenscheid mit dem Thema beschäftigen bzw. hierüber beschließen dürfe.

Ratsherr Holzrichter berichtet, dass er zu Beginn der Sitzung die Nichtbehandlung dieses Punktes beantragt habe, damit nicht Grundsatzdebatten geführt würden, die weder die Finanzen noch sonstige Belange der Stadt Lüdenscheid betrafen. Er sei der Überzeugung, dass sich die finanzielle Situation der Kommunen aufgrund der Beschlüsse unterschiedlicher Bundes- und Landesregierungen, die den Kommunen immer mehr Aufgaben und Ausgaben ohne Gegenfinanzierung aufgebürdet hätten, verschlechtert habe. Die Einführung einer Vermögenssteuer würde aus seiner Sicht dieses Problem nicht lösen.

Das Steueraufkommen und der Aufwand für die Erhebung der Steuer habe sich nahezu ausgeglichen. Die FDP-Fraktion spreche sich, unter anderem auch aufgrund der Folgen für die in Lüdenscheid vorhandene mittelständische Wirtschaftsstruktur, gegen die Einführung der Vermögenssteuer aus.

Ratsherr Dudas erläutert, dass es sich bei dem Antrag um eine Resolution handle und diese die Haltung der Institutionen des Bündnisses sozial gerechte Stadt Lüdenscheid unterstütze. Es handle sich um ein Zeichen der Bürgerinnen und Bürger, die sich Gedanken zur sozialen Gerechtigkeit machen und die Politik damit auffordern wollten, entsprechend tätig zu werden. Die SPD-Fraktion werde den Antrag unterstützen.

Ratsherr Bodenheimer erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dem Antrag zustimmen werde.

Ratsherr Hellwig erklärt unter Bezugnahme auf die einschlägige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Ratsherr Fröhling erinnert an die Beantwortung seiner Frage, ob der Rat aus rechtlicher Sicht überhaupt diesen Antrag beschließen dürfe. Bürgermeister Dzewas erwidert, dass der Rat nicht über die Einführung einer Steuerart beschließen dürfe, sondern lediglich dem Beitritt zum Bündnis sozial gerechte Stadt Lüdenscheid zustimmen oder nicht zustimmen werde. Insofern handle es sich um eine politische Frage.

Erster Beigeordneter Theissen weist darauf hin, dass die Gemeindeordnung und das Grundgesetz den Gemeinden die kommunale Selbstverwaltung zuschreibe. Dies hieße, dass die Gemeinden und ihre Räte sich mit Aufgaben befassen könnten, die zum örtlichen Wirkungskreis gehörten. Bei dem Antrag ginge es darum ein Gesetz zu initiieren, das entweder der Bundes- oder der Landtag beschließen könne. Der Rat der Stadt Lüdenscheid könne keine Vermögensteuer einführen. Auch über eine Resolution würde ein Beschluss gefasst. Sollte die Beschlussfassung dennoch erfolgen, sei diese rechtswidrig.

Bürgermeister Dzewas teilt darauf hin mit, dass er in diesem Fall anderer Auffassung als Erster Beigeordneter Theissen sei und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid stimmt der Resolution mit Stimmenmehrheit zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	20
Enthaltungen:	1

8. Bebauungsplan Nr. 828 "Duisbergweg", - beschleunigtes Verfahren nach § 13 a BauGB; Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen und Anregungen; Satzungsbeschluss Vorlage: 143/2013

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- I. Zu den während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen, Anregungen und Hinweisen wird wie folgt Stellung genommen:

1.) Schreiben des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) – Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe vom 31.07.2013

Der LWL weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass in der Begründung zum Bebauungsplan unter Punkt 9 „Denkmalschutz und Denkmalpflege“ noch die alte Bezeichnung „Westfälisches Museum für Archäologie / Amt für Bodendenkmalspflege, Außenstelle Olpe“ genannt wird und bittet diese in die aktuelle Bezeichnung „LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe“ zu ändern.

Stellungnahme:

Die Bezeichnung ist in der Begründung unter Punkt 9 entsprechend den Vorgaben des LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe geändert worden. Der Anregung wird gefolgt.

2.) Schreiben des Landrats des Märkischen Kreises als Kreispolizeibehörde vom 23.07.2013 und der Kreispolizeibehörde Direktion Verkehr vom 24.07.2013

In seinem Schreiben weist die Kreispolizeibehörde darauf hin, dass Kindergärten aus der kriminalpolizeilichen Erfahrung heraus häufig von Einbrüchen betroffen sind. Außerdem seien sie als Aufenthaltsort von Kleinkindern auch Ziel von Personen, die Straftaten gegen Kinder planen. Daher seien im Sinne der Kriminal-